

Solidaritätsprozent zur ALV-Sanierung:

Auch Reiche sollen neu zahlen

Endlich: Wer Spitzenlöhne verdient, soll jetzt auch zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung beitragen. Das findet selbst der Bundesrat.

Für einmal gibt es überraschend positive Signale aus dem Bundesrat: Zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) sollen alle beitragen. Auch Spitzenverdiener mit einem Jahreslohn von mehr als 315'000 Franken. Der Bundesrat empfiehlt eine entsprechende Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrats zur Annahme. Damit würde auf alle Einkommensbestandteile der Solidaritätsbeitrag von 1 Prozent erhoben. Das brächte jährliche Mehreinnahmen von 79 Millionen Franken.

Bei der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) war das Solidaritätsprozent noch bei 31'5000 Franken plafoniert worden. Denn anders als beispielsweise bei der Sozialversicherung AHV sind bei der ALV nicht für alle Einkommen gleich hohe Beiträge fällig. Vielmehr werden die regulären Beiträge von 2,2 Prozent (hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden zu zahlen) nur auf dem Einkommensanteil bis 126'000 Franken erhoben. Dies entspricht dem maximalen Arbeitslosengeld von 8400 Franken.

600 Millionen mehr.

Dadurch entgehen der ALV massive Beiträge: Müssten wie bei der AHV alle gleich viel zahlen, würden jährlich 600 Millionen Franken mehr in die ALV-Kasse fließen. Allein Novartis-Präsident Daniel Vasella hätte 919'338 Franken mehr zu zahlen, rechnete das Referendumskomitee zur AVIG-Revision aus. Die grüne Nationalrätin und VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber verlangt jetzt in einer Motion die Aufhebung der Plafonierung der Beiträge. Die nationalrätliche WAK beantragt deren Ablehnung. Und hat im Gegenzug die Motion zum Solidaritätsprozent verabschiedet.

Matthias Preisser.

Work. Freitag, 2011-09-23.

Work > Arbeitslosenversicherung ALV. 2011-09-23-doc.